

Stellungnahme zum Budgetentwurf 2021 der Stadt Gronau

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Doetkotte,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,

im zweiten Jahr der Coronapandemie haben wir uns interfraktionell auf ein Novum geeinigt, nämlich auf die Haushaltsreden zu verzichten und unsere Stellungnahmen zu Protokoll zu geben. Grundsätzlich eine nachvollziehbare Entscheidung und wenn man sich gerade jetzt die Entwicklungen der Infektionszahlen anschaut absolut richtig. Daher wird dieses Vorgehen von der **UWG**-Fraktion auch aus Überzeugung mitgetragen.

Die Frage, in wie weit eine „*Haushaltsrede*“ als schriftliche Stellungnahme zum Budgetentwurf der Verwaltung wirklich Sinn macht oder nicht, stellt sich natürlich schon. Auch ob sich überhaupt jemand die Mühe macht diese zu lesen, denn das Ritual der Haushaltsreden dient ja einerseits dazu, dass politische Handeln zu erläutern und im Kontext mit den politischen Mitbewerbern oder Kontrahenten zu vergleichen und andererseits den Verwaltungsentwurf des aktuellen Budgets zu bewerten. Der erste Aspekt erscheint mir persönlich für eine schriftliche Stellungnahme völlig überflüssig zu sein, da man ja leider keine Zuhörer/innen hat, welche die Botschaft empfangen könnten. Ich selber habe schon über 30 Reden im Rat und Kreistag gehalten und wohl weit über 200 ebenda gehört, aber durchgelesen habe ich mir bisher noch keine (zumindest nicht komplett), da will ich ganz ehrlich sein. Also fällt dieser Punkt eigentlich aus.

Bleibt der zweite Aspekt, die Bewertung des Verwaltungsentwurfes und da sieht es in diesem Jahr auch ziemlich schwierig aus. Seriös kann man aus Sicht der **UWG**-Fraktion die Haushaltslage im Jahr 2021 nicht einschätzen. Auch wir können nicht sagen, wie sich die Steuereinnahmen in diesem Jahr und im mittelfristigen Finanzzeitraum entwickeln. Durch die Pandemie ist eine realistische Einschätzung nicht zu treffen. Es scheint allerdings nachvollziehbar, dass die Verwaltung von sinkenden Steuereinnahmen für das laufende Jahr ausgeht. Ob eine Erholung auf das Niveau der Vor-Corona Zeit bis 2024 möglich ist, ist dagegen äußerst fraglich. Dieser Blick in die Glaskugel ist vor allem von der Entwicklung der Coronapandemie abhängig. Wie gut wird unsere Stadt, aber auch das Land und schlussendlich die gesamte Weltwirtschaft aus dieser Krise hervorgehen? Ich denke diese Aussage kann derzeit niemand belastbar treffen. Auch stellt sich die Frage, ob COVID-19 und seine Mutationen zu einem dauerhaften Begleiter werden, oder ob endlich die Impfkampagnen Wirkung zeigen und ein halbwegs normales Leben damit wieder möglich wird. Und das zweite große Problem - der menschengemachte Klimawandel - ist im Hinblick auf eine langfristige Prognose noch nicht einmal berücksichtigt!

Für diesen Haushaltsentwurf geht die Verwaltung also von sinkenden Einnahmen aus und prognostiziert ein Defizit von 10,4 Millionen Euro. Dabei muss man auch bedenken, dass einer der größten Kostenpunkte in unserem kommunalen Haushalt - die Kreisumlage – sogar um 2,3 Millionen Euro geringer als im Jahr 2020 ausfällt und weitere 7,5 Millionen Euro aufgrund der Coronapandemie „isoliert“ werden, was nichts anderes heißt, als dass (legal) ein fiktiver Einnahmebetrag diesen Ausgaben gegengerechnet wird. Aufgelöst werden muss dieses zusätzliche Defizit - denn nichts anderes ist es - ab dem Jahr 2025 indem wir gegen das Eigenkapital buchen, oder langfristig abschreiben. Eine echte Alternative zur „Isolierung“ hat Gronau allerdings nicht, denn andernfalls wäre unsere (fiktive) Ausgleichsrücklage noch schneller aufgebraucht und wir befänden uns in der Haushaltssicherung. Dass die Verwaltung in dieser Lage keine Steuererhöhungen vorschlägt mag verwundern, ist aber aufgrund der Pandemiebelastung absolut richtig und findet unsere ausdrückliche Unterstützung!

Der Hinweis des Bürgermeisters und des Kämmerers, dass wir Sparen und eventuell sogar auch freiwillige Leistungen kürzen müssen, ist ebenfalls im Anbetracht der Lage richtig. Diese sogenannte „Konsolidierung“ hat in den bisherigen Haushaltsberatungen noch keinen Anklang gefunden, was ebenfalls nachvollziehbar ist. Die **UWG**-Fraktion hat wegen der angespannten und schwer einzuschätzenden Lage keine Anträge zum Haushalt gestellt, welche eine nennenswerte Verschlechterung bedeuten würden. Wir verschließen uns auch nicht einer künftigen Konsolidierungsdiskussion, wenn alle Fraktionen hierbei vertrauensvoll und ernsthaft mitarbeiten wollen. Wir regen diesen Prozess frühzeitig an und erwarten, dass die Verwaltung den Rat so schnell wie möglich in den Prozess der Budgetaufstellung 2022 einbindet, damit diese schwierige Aufgabe möglichst effektiv gelingen kann. Sollte es zu einer Verweigerungshaltung einzelner Fraktionen kommen (wie in der Vergangenheit in dem sogenannten Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ praktiziert) sehen wir schwierige Zeiten für die Handlungsfähigkeit der Stadt Gronau auf uns zukommen. Daher halten wir es für die Pflicht des Bürgermeisters, diesen Prozess unverzüglich nach der Haushaltsverabschiedung 2021 einzuleiten und fordern ihn ausdrücklich dazu auf.

An dieser Stelle wird sich relativ schnell zeigen, ob zumindest die Verwaltung bis hierhin gelesen hat, wovon ich allerdings stark ausgehe.

Zur abschließenden Bewertung der finanziellen Rahmenbedingungen gehört natürlich noch der geplante Investitionsrahmen und an dieser Stelle müssen wir an dem Verwaltungsentwurf deutliche Kritik üben. Ein Investitionsvolumen von fast 95 Millionen Euro ist völlig unrealistisch und sprengt den kommunalen Rahmen. Diese Unsitte hat in den vergangenen Jahren schon bizarre Formen angenommen und wurde von uns bemängelt. Zu Recht wie sich übrigens durch den ansonsten positiven GPA-Bericht gezeigt hat. Auch die Gemeindeprüfungsanstalt hält das Investitionsvolumen nicht für realistisch leistbar. Die Leistungsfähigkeit unserer Stadt und ihrer Verwaltung in Sachen Investitionsumsetzung dürfte aus unserer Sicht bei 25 Millionen Euro pro Jahr liegen und selbst dieses Ziel ist ambitioniert, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Das die unrealistisch geplanten Investitionsvolumina keine stärkeren haushalterischen Verwerfungen mit sich bringen, ist schlicht und einfach dem Umstand geschuldet, dass die Kommunen quasi zum Nulltarif Geld aufnehmen können. Man darf aber nicht davon ausgehen, dass dieser Umstand ewig so weiter besteht. Hier verbergen sich große Budgetrisiken und es bedarf der Präzisierung!

Weiterhin sind die steigenden Entwicklungen der Personalaufwendungen, sowie die Defizitentwicklung bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und der Tagespflege bedenklich. Hier stellt sich die Frage, in wie weit die Kommune selber das ausgleichen kann, wenn ihr immer mehr Aufgaben und Leistungen durch den Landesgesetzgeber aufgebürdet werden. Zu diesem Themenkomplex gehört auch die leider verlorene Klage der Stadt Gronau gegen das Land NRW in der Angelegenheit der auskömmlichen Finanzierung der schulischen Inklusion. Bisher haben wir zu diesem Verfahren, welches ja noch vom alten Rat im Jahr 2017 auf den Weg gebracht wurde, noch keine Bewertung der Verwaltung erhalten. Dies ist dringend nachzuholen, da aus Sicht der **UWG**-Fraktion die Frage des Konnexitätsprinzips eine wesentliche ist, um eine mittelfristige Haushaltsplanung seriös zu planen. Oder um es mit anderen Worten zu sagen: Wenn sich das Land nicht um eine auskömmliche Finanzierung der zusätzlichen kommunalen Aufgaben kümmert, dann muss sich die Kommune fragen, inwieweit eine sparsame Haushaltsführung überhaupt Sinn macht oder ob das eine nicht zu leistende Aufgabe ist. Denn es ist extrem schwierig nur durch Einsparungen die ständigen Leistungssteigerungen aufzufangen. Als einziger Ausweg würde dann ein ständiger Steuererhöhungsmechanismus drohen und das ist nicht im Sinne der **UWG** und wird nicht unsere Zustimmung finden.

An dieser Stelle möchte ich noch kurz auf ein paar Themenfelder eingehen, welche sich derzeit in der Beratung befinden und zur Beschlussfassung anstehen:

- Das Verfahren zum historischen Rathaus steht kurz vor seinem Abschluss und damit wird ein städtebauliches und stadtbildprägendes Projekt endlich in die Realisierungsphase eintreten, welches wir immer unterstützt haben und für sehr wichtig halten.
- Die zukünftige Baulandentwicklung wird derzeit intensiv in einem Arbeitskreis zwischen Verwaltung und Politik diskutiert. In den vergangenen Wochen und Monaten hat die Stadt große Flächen mit Entwicklungspotential erworben und dafür viele Millionen eingesetzt. Nachdem in der Vergangenheit in diesem Bereich zu wenig gemacht wurde, haben wir jetzt die Sorge, dass wir uns verzetteln und zuviele Flächen zu teuer erwerben, aber kaum etwas davon tatsächlich auf den Markt bringen. Die Fläche „*Markenfort*“ sollte hier als mahnendes Beispiel dienen. Wir müssen natürlich das Angebot von bezahlbarem Bauland erhöhen, aber wir müssen auch aufpassen, dass dies zielgerichtet passiert und um die Abwanderungen im Ortsteil Epe in die nachbarkommunen zu stoppen, muss endlich das Baugebiet „*Steenkuhle*“ realisiert werden.
- Die Schulentwicklung ist leider immer noch eine Baustelle, auf der wir noch einiges an Arbeit vor uns haben. Für uns war es nicht nachvollziehbar warum wir wiederum für teures Geld Grundstücke für Grundschulneubauten erwerben, nur um dann im laufenden Verfahren umzuschwenken und bestehenden Standorte wie die Buterlandschule nicht nur Modernisieren, sondern auch Erweitern. Wir werden diese Politik des „*auf Sicht fahren*“ nicht mehr mittragen. Wir können heute schon erkennen, dass die Realschule starken Zuspruch erhält und wir mit Abweisungen der Elternwünsche rechnen müssen. Auch zeigt sich, dass die prognostizierten Schülerzahlen an den anderen weiterführenden Schulen nicht zutreffen.

Das trotzdem an dem Planungs- und Entwicklungsbüro SEP festgehalten wird, welches für diese Prognosen verantwortlich ist, ist für uns ein Rätsel. Ebenso geraten das Gymnasium und die Gesamtschulen immer weiter unter Druck, da die „Bardel“ sinkende Anmeldungen aus ihrem niedersächsischen Einzugsgebiet versucht zu kompensieren, indem sie unsere Kinder mit gymnasialer Empfehlung umwirbt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da wir drei Oberstufen im Gymnasium und den beiden Gesamtschulen in Gronau und Epe bedienen müssen und wir uns keinen weiteren Abzug von Schülerinnen und Schülern gefallen lassen können, wenn wir unsere Investitionen in die Infrastruktur zukunftsicher planen wollen. Das heißt auch, dass wir die Grundschulen in Epe in die Pflicht nehmen werden. Für uns steht fest: Wird weiterhin einseitig Richtung „Bardel“ beworben, werden wir handeln müssen.

- Die Digitalisierung ist ein weiterer wichtiger Baustein in unserer städtischen Entwicklung. Hier gab es in der Vergangenheit Licht und Schatten. Die schulische Digitalisierung ist aus unserer Sicht gut gelaufen, wenn man die Ausstattung der Schulen mit Endgeräten betrachtet. Da können andere Städte sicherlich neidisch nach Gronau und Epe schauen, aber weniger gut ist die Unterstützung durch die Fachabteilung gelaufen. Support heißt nicht nur Ausliefern von Geräten und Wartung. Support heißt auch, die Schulen aktiv mit Ideen bei der Digitalisierung zu unterstützen. Hier muss sich die Verwaltung endlich stärker als Dienstleister der Schulen verstehen, oder wir als **UWG**-Fraktion werden keine zusätzlichen Stellen für den Stellenplan freigeben und lieber den Support am freien Markt durch kompetente Dienstleister zukaufen.
- Die Modernisierung des Drilandsees und die mögliche Ansiedlung einer neuen Gastronomie ist ein weiterer Punkt welcher sehr kontrovers und emotional diskutiert wird. Leider werden in diesem Zusammenhang immer wieder Halb- und Unwahrheiten durch einzelne Diskutanten verbreitet, insbesondere wenn es um die Vorhaben oder mögliche Vorhaben von bestehenden Anbietern geht. Es ist schlichtweg falsch, dass die Verwaltung oder der Rat in der Vergangenheit einzelne Betreiber benachteiligt oder gar blockiert hat. Richtig ist, dass es bisher wohl viele Ankündigungen gegeben hat, aber wirklich beschlussfähig wurde nichts von ihnen eingereicht oder offiziell präsentiert. Wir als **UWG**-Fraktion haben immer gesagt, dass wir eine teure Modernisierung des Sees mittragen können, wenn ein Kompromiss gefunden wird, welcher den Bestand, ein attraktives Freizeitangebot und den Bestand des angrenzenden Naturschutzgebietes im Norden verbindet. Das bisher vorliegend Konzept einer neuen Gastronomie erfüllt diese Voraussetzungen. Wenn nun noch die vertraglichen Aspekte passen, können wir dem Projekt zustimmen. Bedauerlich ist allerdings, dass inzwischen offenbar die WEG-Fraktion das Gesamtkonzept in Frage stellt und wieder bei „Null“ anfangen möchte. Dies wäre allerdings kein neuer Weg, sondern nur die Fortführung der altbekannten Gronauer Krankheit – immer meckern, aber nie etwas machen oder zu Ende bringen!

Nun bin ich doch wieder in das klassische Muster einer Haushaltsrede verfallen, wie Sie als Leser/in vielleicht gemerkt haben. Natürlich beschäftigen uns noch weitere Themen intensiv: z.B. die Umstrukturierung der Chance, wo wir die Aufgabe des Geschäftsfelds „KiTa“ für eine Fehlentscheidung halten. Oder den Glasfaserausbau in Gronau und Epe, wo die Stadtwerke durch die Aktivitäten der Deutschen Glasfaser aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt wurden und sich erst jetzt auf einen holprigen Weg gemacht haben. Außerdem die Entwicklung und der Erhalt unserer Infrastruktur (Stichworte: Mobilitätskonzept oder ärztliche Grundversorgung). Natürlich könnten wir jetzt auch noch etwas zum Dauerthema Innenstadtentwicklung sagen, werde aber dazu die Präsentation der Verwaltung in der Ratssitzung in der kommenden Woche am 05. Mai abwarten um die neuesten Entwicklungen zu berücksichtigen. Auch steht über allem die Querschnittsaufgabe den Klimawandel vor Ort so zu gestalten, dass wir die Erderwärmung stoppen und dennoch den Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger sichern.

Die Coronapandemie hat uns die politische Arbeit und die Haushaltsberatungen nicht leicht gemacht. Es ist halt doch etwas völlig anderes Beratungen von Angesicht zu Angesicht oder über einen Videocall zu machen. Im Anbetracht der Probleme welche Gastronomen, Künstler, Kurzarbeiter/innen und Familien durch die Pandemie haben, ist das allerdings zu vernachlässigen. Ganz zu schweigen natürlich von den Menschen, welche tatsächlich erkrankt sind oder die Angehörige durch Corona verloren haben. Diesen Menschen gilt unser tiefes Mitgefühl und der Wunsch, dass wir schnellstmöglich die Pandemie überwinden und in ein normales Leben zurückkehren können.

Unter normalen Umständen könnten wir diesen Budgetentwurf in der vorliegenden Form so nicht mittragen. Aufgrund der besonderen Umstände durch die Coronapandemie wäre es aber absolut unverantwortlich die Verwaltung und damit die Stadt in der größten Krise der Nachkriegszeit in ihrer Handlungsfähigkeit zu beschneiden. Aus diesem Grund tragen wir als **UWG**-Fraktion den Budgetentwurf 2021 mit.

Bleiben Sie gesund!

Jörg von Borczyskowski
(UWG-Fraktionsvorsitzender)